

REZENSIONEN

Die Federalist Papers – Rede und Gegenrede klug komponiert

Lhotta, Roland (Hrsg.): Die hybride Republik: Die Federalist Papers und die politische Moderne. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010, 171 Seiten, € 24,-.

Zwanzig Jahre sind vergangen, seitdem die Ausgaben der Federalist Papers in den Übersetzungen von *Barbara Zehnpfennig* sowie von *Angela Adams* und *Willi Paul Adams* nahezu zeitgleich veröffentlicht wurden. So verdienstvoll diese Kärnerarbeiten waren, haben sie gleichwohl keinen Impuls im deutschsprachigen Raum ausgelöst, Anschluss an die reichhaltige Debatte in den USA zu suchen. Nun ist es wieder ein Doppelschlag, der auf die Thematik aufmerksam macht: Neben dem von *Roland Lhotta* herausgegebenen Sammelband liegt mittlerweile auch die Dissertation von *Beatrice Brunhöber* vor, deren wesentliche Überlegungen in Form eines eigenen Beitrags auch im vorliegenden Band vertreten sind.

Der Beitrag *Brunhöbers* kann als Ausgangspunkt einer inhaltlichen Darstellung dienen, weil sich an ihm das Anliegen der Publikation besonders anschaulich verdeutlichen lässt: Es geht um Theorie, genauer gesagt, um deren Bestandteile und Architektur. *Brunhöber* stellt das Autorentrio *Alexander Hamilton*, *James Madison* und *John Jay* als „Erfinder“ einer spezifisch modernen, nämlich „demokratischen Repräsentation“ vor. Bei ihnen kommt zusammen, was zuvor eigenständigen Traditionen politischen Denkens angehört: Die korporatistisch konnotierte Repräsentationsidee, deren Funktion sich etwa noch bei *Edmund Burke* auf die Abbildung einer natürlichen, der Politik vorgegebenen Gesellschaftsordnung bezieht, erhält ein neues, eben demokratisches Fundament, das auf der Allgemeinheit und Gleichheit der Bürger beruht, aber anders als in antiken Mustern seinen angemessenen Ausdruck in einer durch regelmäßige Wahlen bestellten und damit vom Zuspruch der Öffentlichkeit abhängigen Repräsentationselite findet. Das aristokratische Element der Bestenauswahl ist damit jedoch nicht völlig getilgt. Nur wer die Besten sind, muss sich im politischen Prozess qua Willens- und Mehrheitsbildung herauskristallisieren ebenso wie im Falle des Gemeinwohls selbst, um das sich die Politik zu sorgen hat. In einer gewissen Zuspitzung wird man sagen dürfen, dass es die wechselseitige Entsubstanzialisierung der beiden Prinzipien Demokratie und Repräsentation ist, die *Brunhöber* im Ansatz der Federalists freilegt und die ihrer Auffassung nach maßgeblich zur Belastbarkeit des amerikanischen Regierungssystems, auch unter den Bedingungen einer modernen Massengesellschaft, beiträgt. Die Rekonstruktion des Verweisungszusammenhangs, der im Begriff „demokratische Repräsentation“ steckt, bezieht ihre Kraft vor allem aus der Klarheit der Gedankenführung, auch der Sprache, die jedoch unterschwellig den Eindruck einer Funktionslogik hervorrufen kann, die hier waltet und ihr historisches Werk vollrichtet – und die, wie stets, am einfachsten „with a benefit of hindsight“ zu entdecken und zu entziffern ist.

Anders der Tenor in den Beiträgen von *Dirk Jörke* und *Barbara Zehnpfennig*, die beide, wenn auch in unterschiedlicher Weise den „misfit“ jener Elemente hervorheben, die von den Federalists im Namen einer neuen „compound republic“ in Anspruch genommen werden. Die Schlüsselbegriffe sind hier Liberalismus und Republikanismus, die auch im Beitrag von *Lhotta* eine zentrale Stellung einnehmen. Während *Jörke* vor allem den strategischen Einsatz

des Republikbegriffs ins Zentrum seiner Betrachtungen rückt sowie dessen Umdeutung und die daraus resultierenden Folgen analysiert, die zulasten des Demokratiegehalts der neuen Ordnung gehen (und der Intention nach auch gehen sollen), zielt der Beitrag von *Zehnpfennig* darauf, dem begriffspolitischen Versteckspiel Einhalt zu gebieten. Nach ihrer Auffassung herrscht zwischen den beiden Traditionen des Liberalismus und des Republikanismus eine Art Nullsummenspiel; folglich ist eine Hybridisierung dieser Prinzipien ein leidiges Geschäft, das im Grunde nicht gelingen kann.

So ist denn auch die Antwort auf die mittlerweile alte Frage nach dem Stammvater von „Publius“ – *John Locke* oder *James Harrington* – für *Zehnpfennig* nicht mit „Lorrington“ zu beantworten; für sie sind die Federalists in der Wolle gefärbte Liberale.

Für *Lhotta* nicht. Es gehört zu den Vorzügen dieses Bandes, dass hier Rede und Gegenrede in einer klugen Komposition angeordnet sind. Schlicht gesagt: Sympathisanten und Gegner der Hybridisierungsstrategie stehen sich in gleicher Stärke gegenüber und bringen Bedenkenswertes zu Papier. Anders als *Brunhöber*, in deren Rekonstruktion der Verweisungszusammenhang als klare Synthese hervorgeht, schmeckt bei *Lhotta* die Freiheitsrevolution noch nach Schweiß. Es ist ein Kraftakt – und daher erinnert die Freude übers Gelingen bisweilen auch an *Hannah Arendts* Feier der „constitutio libertatis“, die anders als die Franzosen das Werk frei von Souveränitätsphantasien hält und sich auf die eigentliche Währung des Politischen, auf die Autorität, besinnt. Kein Wunder also, dass in *Lhottas* Beitrag die Architektur der Federalists als „auktoriale Kreativität“ gewürdigt wird – aber diese Würdigung bezieht sich nicht allein auf das Ergebnis, sondern auch auf den Modus. Eine Hybridisierung von liberalen und republikanischen Traditionen kann nur gelingen, so die mehrteilige These, sofern sie Gegenstand eines Bauplans namens Theorie wird, die ihrerseits Sprache, aber auch Methoden bereithält, das Produkt in die Hände der Produzenten zu legen. Anders formuliert: Liberale Bürger „müssen“ sich republikanisch über ihre freiheitliche Ordnung Gedanken machen – und das Mittel der Wahl, den äußeren Zwang („müssen“) als eigenes Wollen zu erleben, sind Institutionen, in denen Wollen und Sollen konvergieren können. Um bei den großen Buchstaben zu bleiben: Eine Struktur der Mischverfassung wird nicht durch das Prinzip des „popular government“ transzendiert (allenfalls „aufgehoben“), so könnte man einen Einwand *Lhottas* gegen *Brunhöber* formulieren; vielmehr wird auch diese durch jene imprägniert. Wodurch? Etwa dadurch, die Eigenständigkeit der Institutionen und deren wechselseitige Blockademöglichkeiten durch „checks and balances“ im präsidentiellen System durch Rekurs auf die Öffentlichkeit (neuerlich) in Gang zu bringen.

Indem die Federalists nicht nur die Erfahrung, sondern auch das Experiment zum integrativen Bestandteil ihres Ordnungsentwurfs machen (indem der Verfassungsentwurf im Verfassungsdiskurs entsteht), erhält die Institutionalität mit der Performativität ein Pendant, woraus selbst eine ambivalente Verbindung hervorgeht, die – um im Bild der Hybridisierung zu bleiben – zwischen den „Substanzen“ Demokratie, Republik und Liberalismus für neue Mischungsverhältnisse sorgen kann. Anschauungsmaterial liefern dafür die beiden abschließenden Beiträge zum U.S. Supreme Court von *Marcus Höreth* und zur Entwicklung des Präsidentenamtes unter *George Bush* von *Jared Sonnicksen*. Gerade der letzte Beitrag verdeutlicht die Ambivalenz institutioneller Handlungsräume sowie den Bedarf an „Kinese“, um dem normativen Anspruch der institutionellen Leitideen Wirkung zu verleihen. Eine Theorie, die in ihrer Konzeption für die Praxis eben diese Schubkraft der Praxis anvertraut, wird vom Herausgeber daher konsequenterweise „kinetisch“ genannt – und „praktisch“ im eigentlichen Sinne des Wortes ist diese Theorie vor allem dann, wenn sie von den Bürgern

selbst entwickelt wird. Wie sehr die Auseinandersetzung zwischen den beiden (intern alles andere als kohärenten) Lagern der Federalists und Anti-Federalists dazu beigetragen hat – daran erinnert der Eingangsbeitrag von *Jörn Ketelhut*. Die Federalist Papers sind zweifellos ein schönes Beispiel für die Einsicht, dass es nichts Praktischeres gibt als eine gute Theorie.

Oliver W. Lembcke

Governance – Erkenntnisse und Ideen zu einem anerkannt unerkannten Großkonzept

Benz, Arthur und Nicolai Dose (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, 2. aktualisierte und veränderte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010, 280 Seiten, € 26,95.

Norris, Pippa: Making Democratic Governance Work. How Regimes Shape Prosperity, Welfare, and Peace, Cambridge University Press, Cambridge 2012, 296 Seiten, \$ 29.99 (Paperback).

Schuppert, Gunnar Folke: Der Rechtsstaat unter den Bedingungen informaler Staatlichkeit. Beobachtungen und Überlegungen zum Verhältnis formeller und informeller Institutionen, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011a, 193 Seiten, € 34,-.

Schuppert, Gunnar Folke: Alles Governance oder was?, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011b, 46 Seiten, € 19,-.

Der Governance-Begriff hat in der wissenschaftlichen Diskussion der vergangenen 20 Jahre eine rasante Karriere hinter sich. Inzwischen ist man leicht geneigt, die von *Werner Jann* in Bezug auf die Policy- und Verwaltungsforschung formulierte Frage „Alles Governance, oder was?“¹ auch ganz allgemein zu stellen. *Pippa Norris* (S. 15) formuliert: „Governance ... has become intellectually fashionable in recent years, yet it remains a complex and contested concept that is open to multiple meanings, often with a long and ever-growing shopping list of potential attributes.“ Vier aktuelle Bücher nähern sich dem Thema auf unterschiedlichen Wegen. Einen vielfältigen Überblick und gründlichen Einstieg bietet der in zweiter, überarbeiteter Auflage erschienene Sammelband von *Arthur Benz* und *Nicolai Dose*. Die beiden Monographien decken hingegen zwei zentrale Schwerpunkte der Governance-Forschung ab: einerseits die eher der Entwicklungszusammenarbeit entstammende angewandte angelsächsische Perspektive bei *Pippa Norris* und andererseits die staatsrechtliche deutsche Blickweise bei *Gunnar Folke Schuppert* (2011a). Letzterer hat zudem einen schmalen Essayband verfasst, der die Forschung zum Thema kenntnisreich sortiert und in flottem Stil lesenswert bilanziert (*Schuppert* 2011b).

Der Sammelband von *Arthur Benz* und *Nicolai Dose* wird vom Verlag als Lehrbuch geführt und beginnt mit einer gründlichen Begriffsdiskussion durch die beiden Herausgeber. Dabei wird die ursprüngliche Begriffsentwicklung aus der frühen Institutionenökonomie

1 *Werner Jann*, Praktische Fragen und theoretische Antworten: 50 Jahre Policy-Analyse und Verwaltungsforschung, in: PVS, 50. Jg. (2009), H. 3, S. 476 – 505, S. 494.